Niederschrift über die 2. Sitzung des Umweltausschusses am 03.02.2021, 18:00 Uhr, Sitzungssaal, Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

Anwesenheitsverzeichnis

Bemerkung

Vorsitz		
Frau Sarah Albertz	Bündnis 90/Die Grünen	
stimmberechtigte Mitglieder		
Herr Jan Büscher	CDU	
Herr Dominik Engbers	FDP	
Frau Silke Hellenkamp	CDU	
Herr Dr. Heinrich Kleinschneider	CDU	
Herr Markus Köchling	CDU	
Herr André Kretschmer	SPD	
Herr Thomas Michels	CDU	
Herr Erich Prinz	Bündnis 90/Die Grünen	Anwesend bis TOP 13
Herr Florian Schubert	Aktiv für Coesfeld	
Herr Josef Schulze Spüntrup	Pro Coesfeld	
Frau Barbara Sieverding	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Matthis Tasler	SPD	
Herr Heinrich Volmer	Pro Coesfeld	
Verwaltung		
Frau Marie Bongers	FB 10	

Schriftführung: Frau Marie Bongers

Frau Sarah Albertz eröffnet um 18:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 20:10 Uhr.

Es herrscht Einvernehmen unter den Ausschussmitgliedern darüber, dass die Tagesordnungspunkte 2 und 7 aufgrund der aktuellen Corona-Situation und dem Bestreben, die Sitzung möglichst kurz zu gestalten, von der Tagesordnung abgesetzt und auf die nächste Sitzung verschoben werden sollen.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
- Vorstellung der Klimaschutzmanagerin Vorlage: 025/2021
- 82. Änderung des Flächennutzungsplanes Offenlagebeschluss >> Vorlage wird nachgereicht

Vorlage: 034/2021

4 Bebauungsplan Nr. 61a "Ehemaliger Spielplatz Hengtekamp" >> Vorlage wird nachgereicht

Vorlage: 374/2020

- 5 Anregung gem. § 24 GO NRW Entfernung eines Baumes Vorlage: 386/2020/1
- Antrag gem. § 24 GO NRW Teilnahme an der "StädteChallenge Faktor2" Vorlage: 032/2021
- 7 Vitalitätsentwicklung von Straßenbäumen am Elisabeth-Selbert-Weg Vorlage: 030/2021
- 8 Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen Förderprogramm für die Neuinstallation von PV-Anlagen Vorlage: 033/2021
- 9 Freiflächenkataster für den Einsatz von Photovoltaik-Anlagen Vorlage: 042/2021
- 10 Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen Einrichtung eines Klimaschutzfonds zur finanziellen Förderung von Klimaschutzprojekten Vorlage: 031/2021
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen Einrichtung einer Stelle Vorlage: 039/2021
- 12 Initiierung des Projektes "Coesfeld blüht" Vorlage: 037/2021
- 13 Unterzeichnung der Deklaration "Biologische Vielfalt in Kommunen" Vorlage: 040/2021
- 14 Haushalt 2021 Vorlage: 021/2021
- 15 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
- 2 Anfragen

Erledigung der Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung

Herr Dickmanns berichtet, dass die Tiefgarage eines Mehrfamilienhauses auf der Karlstraße durch angehobenes Pflaster nicht mehr angefahren werden könne. Unterhalb der Pflasterfläche hätten sich Starkwurzeln einer städtischen Linde ausgebereitet. Das Wurzelwerk sei so breitgefächert, dass nach einer Entfernung davon ausgegangen werden müsse, dass die Standsicherheit des Baumes nicht mehr gegeben sei. Gemäß den geltenden Baumrichtlinien habe die Verwaltung die Entfernung des Baumes veranlasst. Nach der Wiederherstellung der Zufahrt werde eine neue Baumscheibe hergestellt und im Herbst bepflanzt.

TOP 2 Vorstellung der Klimaschutzmanagerin Vorlage: 025/2021

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

TOP 3 82. Änderung des Flächennutzungsplanes - Offenlagebeschluss >> Vorlage wird nachgereicht

Vorlage: 034/2021

Herr Schmitz erläutert die Vorlage und den Sachverhalt.

Herr Schulze Spüntrup erkundigt sich, ob aktuell sieben Häuser auf der als landwirtschaftliche Fläche gekennzeichneten Fläche stehen würde.

Herr Schmitz bejaht dies. Er erklärt, dass diese bauplanungsrechtlich nach § 34 BauGB genehmigt seien.

Herr Stadtbaurat Backes ergänzt, dass ein Flächennutzungsplan keine Wirkung gegenüber Dritten habe.

Herr Engbers erkundigt sich, ob es möglich sei, Raum für Tinyhäuser auszuweisen, da die Nachfrage sehr groß sei.

Herr Schmitz antwortet, dass dies theoretisch möglich sei. Die Grundlage hierfür sei jedoch der Bebauungsplan und nicht der Flächennutzungsplan. Der Investor, welcher letztendlich auch über die Art der Bebauung bestimmen dürfe, wolle jedoch auf das große Interesse am Bau von Einfamilienhäusern reagieren. Er habe sich folglich gegen eine Tinyhäuser-Ansiedlung ausgesprochen.

Herr Prinz erläutert, dass die Grünen damals schon dem Aufstellungsbeschluss nicht zugestimmt haben, da dadurch wertvolle Grünflächen verloren gehen würden. Damit wollten die Grünen, so Herr Prinz, ein Zeichen setzen, dass nachhaltige Bauprojekte gefördert werden müssten. Die Grünen würden folglich auch weiterhin dagegen stimmen.

Herr Kretschmer erläutert, dass die SPD zustimmen werde, da der Bedarf an Baugrundstücken vorhanden sei. Zum Thema Tinyhäuser sagt er, dass diese definitiv sinnvoll seien, dass es jedoch zunächst Bürger:innen geben müsse, die konkret sagen, dass sie solche Häuser tatsächlich bauen und diese dann auch anschließend bewohnen möchten. Grundsätzlich, so Herr Kretschmer, würde die SPD die Idee des Baus von Tinyhäusern begrüßen.

Es herrscht Einvernehmen unter den Ausschussmitgliedern, dass über jeden Unterpunkt des Beschlussvorschlages 1 einzeln abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Beschluss 1:

Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB vorgebrachten Hinweise und Anregungen werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägung der vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken (Anlage 8) wird wie folgt vorläufig beschlossen:

- 1.1 Es wird beschlossen, das weitere Verfahren auf Grundlage der vorgelegten, durch die Untere Naturschutzbehörde geprüften und als fachlich richtig bewerteten Artenschutzprüfung durchzuführen.
- 1.2 Es wird beschlossen, für das weitere Verfahren an dem bestehenden Gestaltungskonzept für den Bebauungsplan festzuhalten und auf die Erstellung eines separaten Grünkonzeptes zu verzichten.
- 1.3 Es wird beschlossen, im weiteren Verfahren auf die Festsetzung einer Fläche für Tiny-Häuser zu verzichten.

Beschluss 2:

Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Hinweise und Anregungen werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägung der vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken (Anlage Nr. 2) wird wie folgt vorläufig beschlossen:

- 2.1 Es wird beschlossen, die Hinweise in den Unterlagen zu berücksichtigen.
- 2.2 Es wird beschlossen, das weitere Verfahren auf Grundlage der vorgelegten, durch die Untere Naturschutzbehörde geprüften und als fachlich richtig bewerteten Artenschutzprüfung durchzuführen.

Beschluss 3:

Es wird beschlossen, mit den vorliegenden Unterlagen die Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB an der 82. Änderung des Flächennutzungsplanes zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1.1	10	3	1
Beschluss 1.2	10	3	1
Beschluss 1.3	8	5	1
Beschluss 2	10	3	1
Beschluss 3	10	3	1

TOP 4 Bebauungsplan Nr. 61a "Ehemaliger Spielplatz Hengtekamp" >> Vorlage wird nachgereicht

Vorlage: 374/2020

Herr Schmitz erläutert den Sachverhalt und die Vorlage.

Herr Prinz erklärt, dass die Grünen bereits letztes Jahr der Bebauung Timphorst nicht zugestimmt haben. Städtische Grünflächen sollten erhalten bleiben. Die Grünen-Fraktion möchte die noch vorhandenen Flächen ökologisch aufgewertet haben

Herr Engbers erläutert, dass die FDP-Fraktion dies ähnlich sehe. Außerdem müsse bei diesem Grundstück der Lärmschutz mitberücksichtigt werden. Die Werte würden bei diesem Grundstück überschritten.

Auch Herr Kretschmer spricht sich für einen Erhalt der Grünflächen aus.

Herr Volmer schließt sich dem zuvor Gesagten an und weist noch einmal darauf hin, dass es aufgrund des nicht vorhandenen Lärmschutzes im Nachhinein Ärger mit den ggfs. neuen Bewohnern des Grundstückes geben würde.

Auch Herr Schubert erläutert, dass auch Aktiv für Coesfeld dem Beschlussvorschlag nicht folgen könne, da besonders die jungen Familien eine große Nachfrage an Spielplätzen hätten.

Herr Köchling erklärt, dass die CDU zustimmen werde. Jedoch müssten die Fragen, welche den Lärmschutz betreffen, vorab geprüft werden.

Herr Backes bittet die anwesenden Fraktionsmitglieder der Verwaltung mitzuteilen, welche Linie und welches Vorgehen sich die Fraktionen vorstellen. Er erklärt, dass die Verwaltung viel Arbeit in die einzelnen Projekte stecke. Bevor dies unnötigerweise geschehe, sollte sich die Politik zu dem gewünschten Kurs in dieser Sache äußern.

Es wird sich auf folgendes geeinigt:

Für die nächste Sitzung soll eine Vorlage erstellt werden, welcher eine Liste oder zumindest eine Erläuterung der geplanten Projekte beigefügt ist, sodass die Fraktionen darüber in der Sitzung (und bereits vorab) diskutieren können.

Beschluss 1:

Es wird beschlossen, gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung den Bebauungsplan aufzustellen und das Bauleitplanverfahren auf Grundlage des § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) durchzuführen.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 61a "Ehemaliger Spielplatz Hengtekamp" befindet sich rd. 1 km nordwestlich des Coesfelder Innenstadtkerns. Das Plangebiet liegt im nördlichen Geltungsbereich des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 61 "Indehell". Das Gebiet ist rd. 1.960 m² groß.

Im Süden und Osten wird die Fläche durch die Straße Hengtekamp begrenzt. Im Osten grenzt zudem das Grundstück "Hengtekamp 30" an. Im Nordwesten des Plangebietes schließt sich ein kleiner Entwässerungsgraben am Böschungsfuß des Konrad-Adenauer-Rings (B 474) an. Der Graben liegt aber bereits außerhalb des Geltungsbereichs. Im Westen – ca. 50 m Luftlinie entfernt – verläuft die Bahnstrecke Dortmund-Enschede.

Der Geltungsbereich umfasst eine rd. 1.846 m² große Teilfläche des Flurstücks 603 sowie eine rd. 112 m² Teilfläche des Flurstückes 596 (alle Gemarkung Coesfeld-Stadt, Flur 34).

Die genaue Abgrenzung des Geltungsbereichs des Bebauungsplans kann aus dem beigefügten Übersichtsplan entnommen werden (s. Anlage 1).

Beschluss 2:

Es wird beschlossen, mit den vorliegenden Unterlagen die Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB an der Aufstellung des Bebauungsplans zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1	5	9	0
Beschluss 2	5	9	0

TOP 5 Anregung gem. § 24 GO NRW - Entfernung eines Baumes Vorlage: 386/2020/1

Es wird zunächst über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abgestimmt.

Beschlussvorschlag des Antragsstellers

Ersatzlose Entfernung eines Straßenbaumes auf der Letter Straße in Höhe Haus-Nr. 26.

Beschlussvorschlag der Verwaltung

Es wird beschlossen dem Antrag der Familie Mersmann nicht zu entsprechen. Der Entfernung des Straßenbaumes auf der Letter Straße in Höhe des Gebäudes Nr. 26 wird nicht zugestimmt.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Vorschlag der Verwaltung	12	0	2

Da der Beschlussvorschlag der Verwaltung angenommen wurde, ist eine Abstimmung über den Beschlussvorschlag des Antragsstellers obsolet.

TOP 6	Antrag gem. § 24 GO NRW - Teilnahme an der "StädteChallenge Faktor2"
	Vorlage: 032/2021

Frau Sieverding teilt mit, dass sie sich über die Eigeninitiative der Bürger:innen freut und ist der Meinung, dass solche Anträge viel öfter aus der Mitte der Bürgerschaft kommen sollten.

Herr Kretschmer erkundigt sich, ob die Stadt Coesfeld überhaupt an der Challenge teilnehmen könne, da in dem Informationsheft die Rede von Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern sei.

Frau Sieverding erklärt, dass der Wettbewerb in zwei Kategorien stattfinde: es gäbe sowohl eine Kategorie für kleinere, als auch für größere Städte.

Herr Büscher erkundigt sich, ob die Arbeit, die diese Teilnahme mit sich bringe, dann bei Frau Fritz auflaufen würde. Er erklärt zudem, dass die CDU lieber konkrete Projekte fördern würde. Sie würde dem vorliegenden Beschlussvorschlag folglich nicht zustimmen.

Frau Fritz erläutert, dass der Aufwand überschaubar sei, da lediglich Daten aus einer Datenbank entnommen und entsprechend weitergeleitet werden müssten. Das Marketing sollte jedoch durch die Bürger:innen übernommen werden.

Herr Schulze Spüntrup erkundigt sich, wie der letzte Absatz der Vorlage zu verstehen sei.

Frau Albertz erklärt, dass hiermit gemeint sei, dass die Gestaltung der Verteilung der Projektaufgaben bei der Verwaltung liege.

Herr Backes weist darauf hin, dass solche Projekte nur erfolgreich umgesetzt werden könnten, wenn sich die Bürger:innen mitbeteiligen und durch Mund-zu-Mund-Propaganda das Projekt bewerben.

Beschluss:

Die Stadt Coesfeld beteiligt sich an der bundesweiten "StädteChallenge Faktor 2" (Start 21.02.2021)

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	9	5	0

TOP 7	Vitalitätsentwicklung von Straßenbäumen am Elisabeth-Selbert-Weg
	Vorlage: 030/2021

Dieser Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

TOP 8	Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen - Förderprogramm für die Neuinstalla-
	tion von PV-Anlagen
	Vorlage: 033/2021

Frau Sieverding erläutert den Antrag und betont noch einmal die Wichtigkeit der Förderung von erneuerbaren Energien.

Herr Köchling erklärt, dass die Förderung von nachhaltigen Energien wichtig sei; für PV-Anlagen gäbe es jedoch bereits einige gute Förderprogramme. Der vorliegende Antrag der Grünen weise laut Herrn Köchling eine Ungerechtigkeit auf, da nicht alle Bürger:innen gleichermaßen Zugriff auf diese Förderung haben werden, sondern hier das Windhundprinzip greifen würde. Die CDU würde folglich nicht zustimmen.

Dieser Aussage stimmen auch Herr Volmer und Herr Schubert zu.

Herr Kretschmer ergänzt, dass dieser Antrag einseitig und ungerecht sei und dass die SPD für einen Solarkataster plädiere, sodass die Bürger:innen gebündelte Informationen darüber erhalten können, welche Form der nachhaltigen Energiegewinnung sich für sie lohnen würde.

Herr Prinz erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen letztes Jahr schon einmal einen solchen Antrag gestellt habe. Diesen habe sie aber dann zurückgezogen, da die Verwaltung sagte, dass eine PV-Kampagne auf den Weg gebracht werden sollte. Die sei jedoch bis heute nicht geschehen.

Frau Sieverding macht deutlich, dass Klimaschutzmaßnahmen niemals unsozial seien und dass jetzt gehandelt werden müsse.

Herr Köchling entgegnet daraufhin, dass große, fraktionsübergreifende Konzepte entwickelt werden müssten und dass das Thema gemeinsam sachlich und nicht emotional angegangen werden müsse.

Beschluss (Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt ein Förderprogramm für die Neuinstallation von PV-Anlagen seitens der Stadt Coesfeld zu beschließen. Im Haushaltsentwurf 2021 werden dafür Fördermittel in Höhe von 30 000 Euro eingestellt.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	3	9	2

TOP 9	Freiflächenkataster für den Einsatz von Photovoltaik-Anlagen
	Vorlage: 042/2021

Herr Michels erläutert den Antrag. Er erklärt, dass die CDU diesen Antrag gestellt habe, um eine bessere Steuerung von entsprechenden Projekten zu gewährleisten.

Herr Schmitz erläutert, dass es zur heutigen Sitzung noch keine abschließende Prüfung zu Rechten von PV-Anlagen in Bebauungsplänen (z.B. Parkplatz Kaufland zzt. ausgeschlossen) oder nach § 34 BauGB (Parkplatz Realmarkt ggf. zulässig) gebe. Er könne zudem das Interesse der Unternehmen nicht abschätzen. Bisher habe es dazu keine Anfragen gegeben.

Herr Kretschmer erwähnt noch einmal den Solarkataster.

Herr Köchling erwähnt, dass er gut nachvollziehen könne, dass dieses Vorhaben mit rechtlichen Bedenken verknüpft sei. Die CDU wolle nicht, dass ein Kampf um ländliche Flächen entstehe.

Herr Prinz betont den großen rechtlichen Aufwand und generell den großen Aufwand für die Verwaltung. Es solle stattdessen zunächst geprüft werden, wie die Gewerbetreibenden miteinbezogen werden können.

Der Beschlussvorschlag wird entsprechend geändert.

Beschluss (Vorschlag der CDU-Fraktion – geändert):

Die Verwaltung wird beauftragt ein Freiflächenkataster zu erstellen, als Grundlage für den Aufbau von Photovoltaik-Anlagen, sowie einen generellen Solarkataster zu erstellen. Die Verwaltung wird zudem beauftragt, zu prüfen wie Gewerbetreibende bei diesem Vorhaben miteinbezogen werden können.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	14	0	0

TOP 10	Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen - Einrichtung eines Klimaschutzfonds
	zur finanziellen Förderung von Klimaschutzprojekten
	Vorlage: 031/2021

Frau Sieverding erläutert den Antrag.

Frau Fritz erklärt, dass der Klimaschutzfond auch dafür verwendet werden soll, Projekte zu unterstützen, die in Zukunft von Ehrenamtlichen im Klimaforum durchgeführt werden. Ein Auftakttreffen für das Klimaforum, welches Ehrenamtliche vernetzen und bei Klimaschutzprojekten unterstützen soll, wird voraussichtlich Ende März stattfinden.

Frau Albertz erklärt, dass der Umweltausschuss dahingehend steuern könne, dass dieser mit darüber entscheiden könne, welche Projekte gefördert werden sollen.

Als Beispiel-Projekt nennt Frau Fritz, dass in Ascheberg Blühwiesen durch Bürger:innen angelegt wurden.

Herr Backes weist darauf hin, dass die Projekte umsetzbar und prüfbar sein müssen, da die Verwaltung sonst nur schwer tätig werden könne.

Frau Albertz erläutert, dass die entsprechenden Kriterien, die festlegen, wer Mittel aus dem Klimaschutzfonds erhält, noch von den Mitgliedern des Umweltausschusses entsprechend erarbeitet werden müssten.

Beschluss (Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Die Stadt Coesfeld richtet zum Haushaltsjahr 2021 einen Klimaschutzfonds zur finanziellen Förderung von örtlichen, konkreten und effektiven Klimaschutzprojekten von Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Verbänden und Betrieben ein. Eine Liste förderfähiger Maßnahmen und Förderkonditionen wird unter Federführung der Verwaltung und Vertreter*innen des Umweltausschusses erarbeitet. Dem Fonds werden Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 Euro zugeführt.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	12	0	2

TOP 11 Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen - Einrichtung einer Stelle Vorlage: 039/2021

Wie auf der Vorlage beschrieben, werden die Mitglieder des Umweltausschusses zu diesem Thema angehört.

Herr Schubert teilt mit, dass für Ihn dieser Antrag zu früh komme. Der Ausschuss an sich müsse sich zunächst einmal einspielen.

Herr Michels ergänzt, dass zudem Frau Fritz zunächst einmal die Chance bekommen sollte, eigenständig tätig zu werden.

Herr Backes erläutert, dass Anträge, die den Stellenplan betreffen, vom Fachbereich 10 bearbeitet und geprüft werden müssen.

TOP 12 Initiierung des Projektes "Coesfeld blüht" Vorlage: 037/2021

Herr Kretschmer erläutert den Antrag.

Herr Köchling erklärt, dass die CDU den Antrag unterstützen würde.

Herr Engbers macht einen Vorschlag zur Ergänzung des Antrages: Sofern das Pilot-Projekt erfolgreich verlaufe, sollte man bei einer stadtweiten Umsetzung lokale Gärtnereien miteinbeziehen. Man könne interessierten Gärtnereien bestimmte Bereiche zuteilen, die von den Betrieben dann gemäß den Rahmenbedingungen des Projektes eigenverantwortlich bepflanzt werden. So könnte das entsprechende Beet durch Aufstellen eines Schildchens zur blühenden Visitenkarte werden. Im Gegenzug sollte die Gärtnerei die Kosten der Bepflanzung und Pflege tragen. Dies würde wiederum die Stadtkasse entlasten.

Die Verwaltung sagt eine Prüfung nach erfolgreichem Anlaufen des Projektes zu.

Herr Stadtbaurat Backes teilt mit, dass er für das Pilotprojekt plädiere. Er weist zudem darauf hin, dass oft der Nährboden das Problem sei.

Herr Köchling entgegnet daraufhin, dass es auch auf die richtige Art und Weise der Aussaat ankäme. Er sehe hier den Bauhof in der Verantwortung.

Herr Dickmanns teilt mit, dass das Pilotprojekt voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte starten könnte.

Beschluss 1 (Antrag der SPD Ratsfraktion)

Der Umweltausschuss des Rates der Stadt Coesfeld beschließt, dem Rat zu empfehlen, die Verwaltung zu beauftragen, in einem Pilotprojekt im Bereich Rekener Straße / Friedhofsallee die dortigen städtischen Grünflächen durch die Schaffung artenreicher, mehrjähriger Blüh-

wiesen, die Pflanzung heimischer Gehölze oder die Anlage von Beerenhecken und Stauden-Zwiebelpflanzungen sowohl optisch als auch ökologisch aufzuwerten.

Beschluss 2 (Antrag der SPD Ratsfraktion)

Die Erfahrungen aus dem Pilotprojekt sollen die Grundlage für die Umgestaltung / Neuanlage arten- und blütenreicher Wiesen im Straßenbegleitgrün mit Pflanzenarten aus regionaler Herkunft, Pflanzung heimischer Gehölze sowie die Anlage von Kräuterbeeten und Beerenhecken, Stauden- und Zwiebelpflanzungen im gesamten Stadtgebiet bilden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1	14	0	0
Beschluss 2	14	0	0

TOP 13 Unterzeichnung der Deklaration "Biologische Vielfalt in Kommunen" Vorlage: 040/2021

Herr Kretschmer erläutert den Antrag.

Herr Köchling entgegnet, dass diese Deklaration nicht zu 100% zu dem Entwicklungskonzept der Stadt Coesfeld passen würde. Die CDU würde dem Antrag folglich nicht zustimmen.

Beschluss (Antrag der SPD Ratsfraktion)

Der Umweltausschuss des Rates der Stadt Coesfeld beschließt, dem Rat zu empfehlen, die Deklaration "Biologische Vielfalt in Kommunen" zu unterzeichnen und dem Bündnis "Kommunen für biologische Vielfalt" e.V. beizutreten.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	8	5	0

TOP 14 Haushalt 2021 Vorlage: 021/2021

Her Dickmanns erläutert den Sachverhalt anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist. Er erklärt zudem, dass Positionen, welche mit Personalkosten zutun haben, beim Fachbereich 10 verankert seien.

Herr Engbers erkundigt sich danach, weshalb die Veranschlagungen für die Personalkosten und für die Durchführung von Maßnahmen mit dem Laufe der Jahre abnehmen würden.

Herr Dickmanns und Frau Wennemers sagen eine Beantwortung dieser Frage, betreffend der Positionen 11 und 13 über das Protokoll zu.

Antwort der Verwaltung:

Nr. 11) Der Finanzmittelansatz für das Jahr 2020 ist höher als der Ansatz für das Haushaltsjahr 2021. Dies ist darin begründet das für das Jahr 2020 mit durchschnittlichen Personalkosten beruhend auf durchschnittliche Berufserfahrung gerechnet wurde, da
zum Zeitpunkt der Planung die konkrete Besetzung der Stelle des Klimamanagements noch nicht fest stand. Da die Besetzung mit einer Berufsanfängerin erfolgt ist,
sind die Personalkosten laut den Vorgaben des TVöD's geringer.

Hinweis: Die Zahlen für das Jahr 2021 werden vom Personalteam aufgrund der Einrichtung des Umweltausschusses noch um den Stellenanteil für den Sitzungsdienst nachgemeldet. Dies werden für 2021 ca. 4.500 Euro sein. Für die kommenden Jahre wird der Betrag bei ca. 9.000 Euro betragen. Die Stelle ist zur Zeit ausgeschrieben und wird voraussichtlich zur Jahresmitte besetzt werden können.

Nr. 13) Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen von 100.500 € für das Jahr 2021 sind

auf Seite 311 des Haushaltsentwurfes detailliert erläutert.

Für das Jahr 2022 sind zunächst 63.100 € vorgesehen. Das ist auch ungefähr der Betrag, der für 2021 vorgesehen war. Durch die Einarbeitungszeit der Klimamanagerin und die Corona bedingten Kontaktbeschränkungen konnten die angedachten Projekte nicht umgesetzt werden. Daher wurden 40.000 € der ursprünglich für 2020 vorgesehenen Finanzmittel für 2021 neu angemeldet. Für die Folgejahre können die benötigten Finanzmittel zur Umsetzung der Projekte im Rahmen der jeweiligen Haushaltsberatungen neu festgelegt werden.

Beschluss:

Es wird beschlossen, dem Rat die Annahme des Produktes 70.07 wie im Entwurf des Haushaltsbuches 2021 dargestellt / mit folgenden Änderungen zu empfehlen:

1. Errichtung eines Klimaschutzfonds

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	0	0	13

TOP 15 Anfragen

Frau Sieverding erkundigt sich, ob der Klimaschutzmanagerin das Förderprogramm des Bundes bekannt sei, welches darauf ausgerichtet ist, urbane Räume an den Klimawandel anzupassen.

Herr Dickmanns erläutert, dass es zurzeit sehr viele Förderprogramme gebe und die Verwaltung zunächst schauen müsse, welche weiterzuverfolgen seien. Er könne nicht sagen, ob dieses Programm dabei war, sagt jedoch eine Beantwortung in der nächsten Sitzung zu.

gez. Sarah Albertz Ausschussvorsitzende gez. Marie Bongers Schriftführerin